

Klimaschutz im Schatten der Pandemie – sparen oder investieren? Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft

Benjamin Held 

1 Einleitung

Die Welt steht mit der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft vor einer enormen Aufgabe. Das zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels verbleibende Treibhausgas-Budget ist inzwischen äußerst knapp; eine Einhaltung erforderte sofortiges entschlossenes Handeln auf allen Ebenen.¹ Eine Ein-

1 So zeigen beispielsweise Berechnungen im Rahmen der Initiative #showyourbudgets, dass Deutschland zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels zwischen 2027 (50 % Wahrscheinlichkeit) und 2030 (67 % Wahrscheinlichkeit) Netto-Null-Emissionen erreichen müsste (Stand: 31.01.2022). Abrufbar sind die aktuellen Berechnungen unter <https://www.showyourbudgets.org/de>.

Benjamin Held, 2022: Klimaschutz im Schatten der Pandemie – sparen oder investieren? Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft. In: Held, Benjamin/Kirchhoff, Thomas/van Oorschot, Frederike/Stoellger,

Philipp/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Coronafolgenabschätzung. FEST kompakt, Band 3, Heidelberg, heIBOOKS: S. 173–204. <https://doi.org/10.11588/heibooks.1049>. c14582

haltung des 2,0-Grad-Ziels würde zwar etwas mehr Spielraum lassen, auf Grund des langen Zögerns sind aber für dessen Erreichung inzwischen ebenfalls umgehend weitreichende Maßnahmen notwendig. In dieser Ausgangslage ist die Corona-Pandemie über die Welt hereingebrochen und hat zu vorher kaum vorstellbaren Maßnahmen und Einschränkungen geführt, sowohl im wirtschaftlichen als auch im gesellschaftlichen und privaten Leben. Neben großem menschlichen Leid ging und geht die Corona-Pandemie auch mit hohen wirtschaftlichen Einbußen einher. Es besteht die Gefahr, dass die für eine sozial-ökologische Transformation notwendigen Investitionen dadurch gehemmt und keine ausreichenden Mittel für den sozialen Ausgleich zur Verfügung gestellt werden. Wie im Nachgang verschiedener früherer Krisen, zuletzt der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, droht zudem eine Fokussierung auf rein quantitatives, nicht nachhaltiges Wirtschaftswachstum; vermeintlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen, des Lebensstandards und des jeweiligen Wirtschaftsstandorts. Wie der Beitrag im Folgenden versuchen wird zu zeigen – zunächst bezogen auf die weltweite Lage und Deutschland und anschließend spezifisch am Beispiel der Kirchen in Deutschland –, wäre beides fatal, sind doch die Kosten eines ausbleibenden beziehungsweise nicht ausreichend ambitionierten Klimaschutzes ungleich höher und mit großen Risiken verbunden.²

2 Für weitere Informationen zum Thema Corona-Pandemie und Klimakrise sei auf den Beitrag im ersten FEST kompakt-Band von Teichert et al. (2020) verwiesen.

2 Wirtschaftliche Einbußen durch die Corona-Pandemie

Weltweit hat die Corona-Pandemie zu enormen wirtschaftlichen Einbußen geführt. Global betrachtet ging die Wirtschaftsleistung laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) real um 3,1% zurück und damit deutlich stärker als im Finanzkrisenjahr 2009, in dem das Minus bei 0,1% lag.³ In der EU war der Rückgang im Jahr 2020 mit 5,9% noch größer und damit ebenfalls oberhalb der Einbußen des Jahres 2009, die 4,2% betragen. In Deutschland führte die Corona-Pandemie im Jahr 2020 laut IWF zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 4,6%, was etwas weniger war als die 5,7% im Jahr 2009. Dass das BIP in Deutschland nicht noch stärker zurückging, ist maßgeblich auf staatliche Hilfsprogramme und -leistungen zurückzuführen, die aber wiederum für einen massiven Anstieg der Staatsverschuldung sorgten: In Deutschland stieg die staatliche Schuldenquote im Jahr 2020 von 59% auf 69% des BIP an, weltweit betrachtet sogar von 104% auf 123%.⁴ Neben den staatlichen Haushalten hat die Corona-Pandemie auch bei etlichen Unternehmen zu starken Einbußen und erhöhter Schuldenaufnahme geführt. So zeigen die Daten der Bank for International Settlements (BIS) zu Unternehmensschulden (ohne Finanzunternehmen), dass diese in Deutschland von 67% im Jahr 2019

3 International Monetary Fund 2022b.

4 International Monetary Fund 2022a.

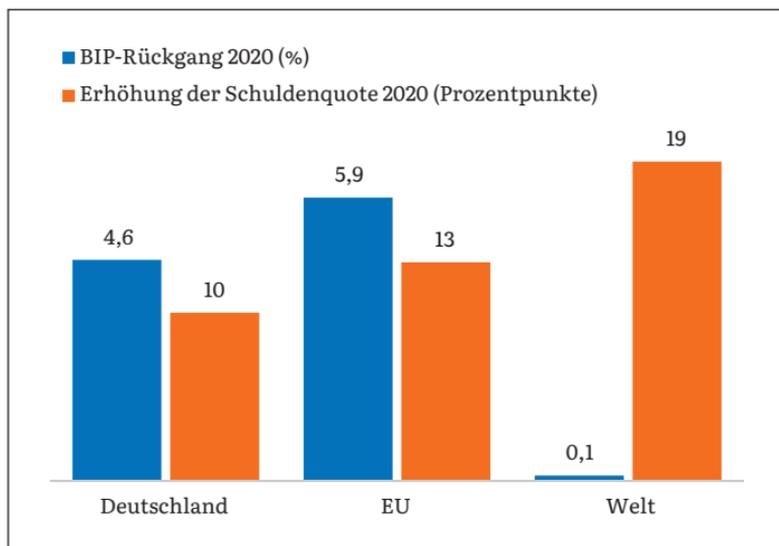


Abbildung 1 Rückgang des BIP und Anstieg der Schuldenquote im Corona-Jahr 2020; Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von International Monetary Fund 2022a & 2022b

auf 74 % im ersten Quartal 2021 angestiegen sind; in den G20-Staaten zeigt sich ein Anstieg von 95 % auf 109 %.⁵ Und auch wenn letztgültige empirische Daten dazu noch fehlen, gehen Fachleute davon aus, dass es bei privaten Haushalten ebenfalls zu einer Erhöhung der Überschuldung durch die Corona-Pandemie gekommen ist beziehungsweise weiter kommen wird.⁶

5 Bank for International Settlements 2022.

6 Korczak et al. 2021.

3 Folgen für die sozial-ökologische Transformation

Vor diesem Hintergrund drohen nun zumindest mittelfristig steigende Ausgaben für Zins- und Tilgungszahlungen, insbesondere angesichts sich abzeichnender steigender Leitzinsen zur Eindämmung der Inflation. Was bedeutet dies für die Bestrebungen auf dem Weg zur Klimaneutralität und die dafür notwendige sozial-ökologische Transformation? Sind jetzt Sparrunden angesagt, um Schulden abzubauen und zukünftigen Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen? Wäre das nicht ein nachhaltiges und generationengerechtes Vorgehen? Bezogen auf die für den Klimaschutz und die klima- und sozialgerechte Umgestaltung der bestehenden Wirtschafts- und Lebensweise notwendigen Maßnahmen und Investitionen muss die Antwort darauf ein klares Nein sein. Denn bei den monetären Schulden handelt es sich letztlich »nur« um Verträge und damit immaterielle menschliche Konstrukte, deren Auswirkungen auf verschiedensten Wegen »gemanagt« und beeinflusst werden können – zum Beispiel über entsprechende Zins- und Geldpolitik; demgegenüber ist bei einem Ausbleiben entschlossenen Gegensteuerns beim Klimawandel und bei der Übernutzung der Ressourcen der Erde die materielle Grundlage unseres Wohlstands und Lebens in Gefahr und wird voraussichtlich zu einem Teil – zumindest in menschlichen Zeiträumen gedacht – unwiederbringlich verloren gehen. Die Umweltveränderungen, die mit dem Klimawandel einhergehen und regional sehr unterschiedlich ausfallen, würden zudem zu neuen und zur Verschärfung von bestehenden Konflikten und Wanderungsbewegungen

führen, zum Beispiel auf Grund von Wasserknappheit und Überschwemmungen. Die mit zahllosen menschlichen Tragödien und hohen ökonomischen Kosten einhergehende, schon heute äußerst prekäre Situation vieler Migrantinnen und Migranten würde sich noch weiter verschärfen; das bereits stark rampo- nierte, auf Menschenrechten und der Würde des Menschen fu- ßende Selbstbild – und Fremdbild – der westlichen Welt könnte dadurch vollends zerbrechen.

Unabhängig von diesen ethischen Erwägungen kommen vie- le wirtschaftswissenschaftliche Studien zu dem Ergebnis, dass es auch rein ökonomisch betrachtet äußerst unklug wäre, In- vestitionen in die sozial-ökologische Transformation – zum Bei- spiel in Erneuerbare Energien – aus Sparsamkeitsgründen und Gründen der (vermeintlichen) finanziellen Solidität zu unterlas- sen, weisen diese Investitionen doch klar positive Renditen auf. So ergeben Simulationsrechnungen, dass die durch ambitio- nierten Klimaschutz vermiedenen Schäden mit circa 500 Billio- nen US-Dollar drei bis siebenmal höher ausfielen, als die 71 bis 150 Billionen US-Dollar, die an Investitionen notwendig wären, um das 1,5°C-Ziels zu realisieren.⁷ Aber warum – ließe sich ein- wenden – braucht es dann überhaupt staatliche Investitionen; der Markt und private Investoren würden diese wirtschaftli- chen Potenziale doch sicherlich erkennen und (aus)nutzen? In einer ökonomisch betrachtet perfekten Welt wäre dies wohl der Fall. In der realen Welt mit einer Vielzahl von nicht internali-

7 Hoegh-Guldberg et al. 2019.

sierten externen Kosten, Subventionen für fossile Energieträger, den Macht- und Interessensstrukturen sowie Pfadabhängigkeiten, die sich im fossilen Zeitalter gebildet haben, und in Anbetracht des Umstandes, dass die auf fossiler Energie aufgebaute Weltwirtschaft eine bis dato präzedenzlose Größe erreicht hat, kann und muss auch der Staat unbedingt seine Mittel einsetzen, damit die sozial-ökologische Transformation gelingen kann. Neben der ohne Frage unabdingbaren Aufgabe, die richtigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Konsumenten zu setzen, zum Beispiel über CO₂-Bepreisung und Ordnungsrecht, umfasst das auch umfassende staatliche Investitionen und Förderprogramme.

Diese investive Seite der sozial-ökologischen Transformation muss dabei im Zusammenhang mit der Frage verhandelt werden, welches Konsumniveau nachhaltig gedeckt werden kann. Momentan zeigen der Klimawandel und viele weitere ökologische Probleme wie das Artensterben und die Versauerung der Ozeane, dass der derzeitige Konsum – im Besonderen derjenige in früh industrialisierten Ländern – über die Regenerationskapazitäten der Erde deutlich hinaus geht. Der heutige Verbrauch ist also nicht nachhaltig.⁸ Um dies zu ändern, können und müssen Prozesse optimiert und naturverträglich neu gestaltet

8 Siehe dazu zum Beispiel die aktuellen Veröffentlichungen zum Ökologischen Fußabdruck (<https://www.footprintnetwork.org/our-work/ecological-footprint/>) und den planetaren Belastungsgrenzen (<https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries/the-nine-planetary-boundaries.html>).

tet, das heißt ihre Effizienz und Konsistenz erhöht werden. Aber es kann insbesondere vor dem Hintergrund einer aufholenden Wohlfahrtsentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern mindestens bezweifelt werden, dass das allein ausreichen wird. Darüber hinaus sollte deswegen unbedingt auch das Kriterium der Suffizienz eine wichtige Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der (historischen) Verantwortung und der größeren Einsparpotenziale, aber auch da Konsumsteigerungen ab einem gewissen Konsumniveau einen deutlich geringeren positiven Effekt auf die Lebenszufriedenheit zu haben scheinen,⁹ betrifft dies in erste Linie Länder und Verbraucher mit hohem Konsumlevel.

4 Zur finanziellen Lage der Kirchen in Deutschland

Suffizienz, Konsistenz und Effizienz – auch für die Kirchen in Deutschland sollten diese Kriterien zentrale Leitlinien ihrer eigenen Prozesse der sozial-ökologischen Transformation darstellen. Bei der akuten und dringlichen Aufgabe der Bekämpfung

9 Die Frage, wie stark der Nutzen von zusätzlichem Einkommen abnimmt, ist umstritten. Einige Studien kommen zu dem Ergebnis, dass es eine Obergrenze gibt, ab dem zusätzliches Einkommen gar keinen klaren positiven Effekt mehr auf die Lebenszufriedenheit hat (z. B. Kahneman/Deaton 2010), andere Studien finden keine solche Grenze (z. B. Killingsworth 2021). Relativ unstrittig ist jedoch, dass der Grenznutzen immer mehr abnimmt, sprich ein zusätzlicher Euro einem Millionär weniger Nutzen stiftet, als einem Sozialhilfeempfänger.

des Klimawandels sehen sich kirchliche Akteure dabei grundsätzlich den gleichen Herausforderungen gegenüber wie der Rest der Gesellschaft. Gebäude müssen energetisch saniert, Mobilitätsmittel- und -verhalten verändert, die Beschaffung und das Landnutzungsverhalten umgestellt werden. Die strukturellen und Verhaltensänderungen, die dafür nötig sein werden, sind gewaltig. Ebenso die benötigten finanziellen Mittel.

Bei den beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland kommt im Vergleich zur gesamtgesellschaftlichen Lage aber ein weiterer Faktor hinzu, nämlich dass diese Aufgabe voraussichtlich mit einem substanziellen Schrumpfungsprozess zusammenfallen wird. In der Gesellschaft insgesamt wird dieser Faktor durch den demographischen Wandel ebenfalls eine gewisse Rolle spielen,¹⁰ für die katholische und evangelische Kirche wird dieser Prozess in Deutschland aber durch Kirchenaustritte beziehungsweise niedrigere Eintrittszahlen voraussichtlich deutlich gravierender ausfallen. So kam die »Projektion 2060«¹¹ des Forschungszentrums Generationenverträge der Albert-Ludwig-Universität Freiburg aus dem Jahr 2019 zu dem Ergebnis, dass die Kirchenmitgliedszahlen der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland im Vergleich zu 2017 bis 2035

10 Dies gilt zumindest dann, wenn nicht die Zuwanderung massiv erhöht wird.

11 »Langfristige Projektion der Kirchenmitglieder und des Kirchensteueraufkommens in Deutschland«, mehr dazu z. B. online unter: <https://www.ekd.de/kirche-im-umbruch-projektion-2060-45516.htm>.

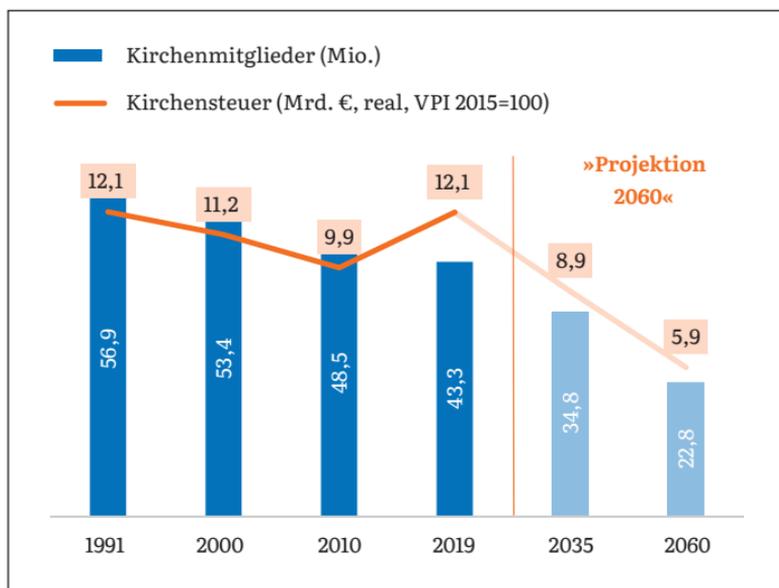


Abbildung 2 Entwicklung und Prognose der Mitgliederzahlen und Kirchensteuer der Evangelischen und Katholischen Kirche in Deutschland; Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Bundeszentrale für politische Bildung 2020 & Evangelische Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 2019 & Kichenaustritt.de 2022

um 22% und bis 2060 sogar um 49% zurückgehen.¹² Dementsprechend wird auch ein deutlicher Rückgang der Kirchensteuereinnahmen prognostiziert: in realer Kaufkraft – also um die Effekte steigender Preise bereinigt – ausgedrückt, wird bis 2035

¹² Evangelische Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 2019: 8.

ein Minus von 26 % und bis 2060 ein Minus von 51 % prognostiziert.¹³

Nun sollten solche Prognosen immer mit Vorsicht interpretiert werden, beruhen sie doch auf Annahmen und Fortschreibungen der Vergangenheit. Maßgebliche Parameter wie das Verhältnis von Kircheneintritten zu -austritten könnten sich durchaus ändern. Zumindest in den letzten Jahrzehnten ist jedoch tatsächlich ein deutlicher Rückgang der Mitgliederzahlen zu beobachten gewesen: Im Vergleich zu 1991 sind die Kirchenmitgliederzahlen in Deutschland bis zum Jahr 2020 in der katholischen Kirche um 22 % und in der evangelischen Kirche sogar um 31 % zurückgegangen.¹⁴ Bei den Kirchensteuereinnahmen bietet der Blick in die Vergangenheit ein anderes Bild: Zwar gingen diese von 1991 bis 2010 real tatsächlich ebenfalls um 18 % zurück, danach nahmen jedoch diese bis 2019 wieder um 22 % zu, so dass wieder das Niveau von 1991 erreicht wurde – trotz deutlich niedrigerer Mitgliederzahlen.¹⁵ Verantwortlich für diesen Anstieg waren zum einen eine steigende Wirtschaftsleistung und damit verbundene steigende kirchensteuerpflichtige Einnahmen, zum anderen die kalte Progression, also dass Preissteigerungen bei einem progressiven Einkommenssteuertarif ohne

13 Ebd.: 14.

14 Für eine langfristige Zeitreihe der Kirchenmitgliederzahlen siehe beispielsweise Bundeszentrale für politische Bildung 2020.

15 Quelle der nominalen Werte: Kirchenaustritt.de 2022. Zur Umrechnung in reale Werte wurde eine Bereinigung mittels des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts durchgeführt.

weitere Anpassungen dazu führen, dass bei Einkommenserhöhungen das Steueraufkommen überproportional wächst. Ob die Wirtschaft weiterhin in gleichem Maße wachsen wird, ist jedoch zumindest unsicher. Inzwischen ist zudem ein – wenn auch nicht unmittelbarer – Mechanismus etabliert, der zu einem Ausgleich der kalten Progression führen soll.¹⁶ Zukünftig könnten also die Kirchenmitgliedsrückgänge auch tatsächlich zu fallenden Kirchensteuereinnahmen führen, insbesondere weil gleichzeitig die Effekte des demographischen Wandels zum Tragen kommen: Geburtenstarke und noch relativ stark den Kirchen verbundene Jahrgänge scheiden aus dem Erwerbsleben aus und zahlen in der Folge geringere Einkommens- und korrespondierende Kirchensteuern.¹⁷

Kurzfristig hat dabei die Corona-Pandemie gezeigt, wie stark die Einnahmesituation der Kirchen von der wirtschaftlichen Lage abhängig ist: Auf Grund der Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung fielen die Rückgänge bei der Kirchensteuer mit rund 5 % (katholisch) bzw. 6 % (evangelisch) zwar geringer aus als befürchtet, haben mit jeweils rund 300 Mio. € jedoch einen beträchtlichen Umfang. Vor dem Hintergrund, dass bei der evangelischen Kirche in Deutschland die Kirchensteuereinnah-

16 Weitere Informationen zu diesem Mechanismus bei Interesse zum Beispiel in BMF 2020.

17 Einen stabilisierenden Effekt könnte jedoch der Umstand haben, dass offenbar bei Personen mit höheren Einkommen die Austrittsraten niedriger sind. Siehe dazu zum Beispiel den Beitrag von Michael Hollenbach im Deutschlandfunk (Hollenbach 2021).

men in etwa 43 % der Gesamteinnahmen ausmachen, führte die Corona-Pandemie im Jahr 2020 also zu Mindereinnahmen von etwa 3 %.¹⁸

5 Treibhausgasneutralität der EKD bis 2035 – ein ambitioniertes Ziel¹⁹

Wie die Kirchensteuereinnahmen und die finanzielle Situation der Kirchen sich in Zukunft genau entwickeln, ist also nur mit relativ großer Unsicherheit zu prognostizieren. Die vorliegenden Prognosen lassen aber zumindest Vorsicht angebracht erscheinen. Auch bei den Kirchenmitgliederzahlen ist die zukünftige Entwicklung nicht festgeschrieben. Vor dem Hintergrund bereits stattgefundener deutlicher Rückgänge und – zumindest auf Basis des heutigen Wissensstands – anzunehmender zukünftiger Rückgänge sowie mit der Maßgabe einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise, sollten jedoch die auf deutlich größere Mitgliederzahlen ausgelegten Strukturen der beiden

18 Bundeszentrale für politische Bildung 2020. Hinzu kommt, dass es bei den restlichen 57 % der Mittel vielfach um Zuschüsse für Leistungen wie Kindertagesstätten und Bildungsarbeit handelt, die also zweckgebunden sind. Eine äußerst informative Übersicht über Einnahmen und Ausgaben der EKD bietet die Publikation »Werte mit Wirkung – Einblicke in die Finanzstatistik der evangelischen Kirche« (Evangelische Kirche in Deutschland 2017: 8 f.).

19 Warum besser der Begriff der THG-Neutralität statt der der Klimaneutralität verwendet werden sollte, dazu hat die FEST ein eigenes Positionspapier verfasst (Rodenhäuser et al. 2021).

großen christlichen Kirchen unbedingt umfassend überprüft und angepasst werden. Dies wird zweifellos in vielen Fällen ein schmerzhafter Prozess sein, müssen doch in langen Zeiträumen etablierte Strukturen und Abläufe auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls angepasst werden. Ohne diese umfassende, umgehend in Angriff zu nehmende Überprüfung scheint jedoch der auf der 2. Tagung der 13. Synode der EKD im November 2021 unter dem Titel »Die Zeit ist jetzt – Auf dem Weg zur Klimaneutralität« gefasste Beschluss,²⁰ Klimaneutralität in allen Gliedkirchen bis möglichst zum Jahr 2035 zu erreichen, unmöglich realisierbar.

Von zentraler Bedeutung wird dabei der Gebäudebereich sein, ist er doch für einen großen Teil der verursachten Emissionen von Treibhausgasen (THG) verantwortlich und gleichzeitig mit langen Investitions- und Planungszeiträumen und hohem Finanzbedarf verbunden. Immobilienmanagement und die Erstellung von Gebäudenutzungskonzepten sind dabei auch in kirchlichen Kreisen gängige Praxis. Durch die anstehende Transformation hin zur THG-Neutralität und unter dem Vorzeichen zurückgehender Mitgliederzahlen und möglicherweise damit korrespondierend zurückgehender Kirchensteuereinnahmen gewinnen sie jedoch noch einmal stark an Bedeutung. Jedes kirchliche Gebäude sollte hinsichtlich seiner nachhaltigen Nutzung überprüft und es sollten Konzepte entwickelt werden, wie diese in Zukunft optimiert werden kann. Dabei ist die

20 Evangelische Kirche in Deutschland 2021a.

Frage der Klimawirkungen natürlich nicht das alleinige Kriterium, vielmehr sollte weiterhin die Erfüllung der kirchlichen und gesellschaftlichen Aufgaben an erster Stelle stehen. Damit dies vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Mittel und des voranschreitenden Klimawandels auch mittel- und langfristig sichergestellt ist, müssen aber jetzt Faktoren wie eine optimierte Nutzung und Einsparungen bei Energieverbrauch und THG-Emissionen deutlich verstärkt berücksichtigt werden. Dies muss keineswegs nur Verzicht bedeuten. Es können und sollten dabei zum Beispiel auch Nutzungskonzepte für kirchliche Liegenschaften erarbeitet werden, die durch die Verbindung mit und Öffnung für weitere gesellschaftliche Akteure zu einer besseren Auslastung derselben führen und damit gleichzeitig zu einer noch besseren gesellschaftlichen Vernetzung beitragen. Hier sollte innovativen Ideen kein Riegel vorgeschoben, vielmehr sollten diese bewusst gefördert werden.

Welche Tragweite und welchen voraussichtlichen Umfang die Änderungen haben, die notwendig sind, um Klimaneutralität zu erreichen, verdeutlichen aktuelle Klimaschutzkonzepte für die Evangelische Landeskirche in Baden (EKiBa) und für die Erzdiözese Freiburg: In den dort angestellten Szenariorechnungen sind für eine Erreichung von Klimaneutralität umfassende Änderungen bei der Nutzungsstruktur des derzeitigen Gebäudebestands notwendig, da sowohl zur reinen Instandhaltung als auch zur energetischen Sanierung ein hoher Mitteleinsatz nötig wäre, der ohne entsprechende Anpassungen zu einer finanziellen Überforderung führen würden. In den Szenariorechnungen nehmen ifeu und Ökoinstitut beispielsweise für die Erzdiöze-

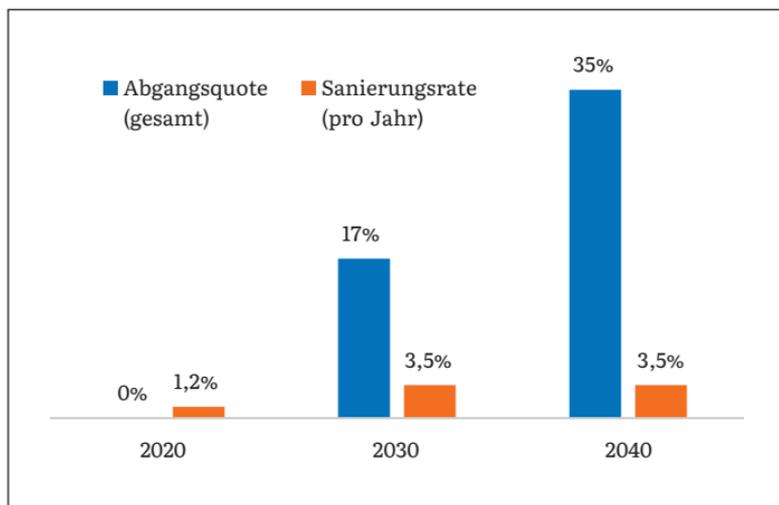


Abbildung 3 Geschätzte Abgangsquoten und Sanierungsraten im Gebäudebereich zur Erreichung von THG-Neutralität im Jahr 2040; Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Ökoinstitut/ifeu 2021 & ifeu/BKU 2020

se Freiburg an, dass sich deren Gebäudebestand im Vergleich zu 2018 bis 2030 um 17 % und bis 2040 um 36 % verringern müsste, um eine Reduktion der THG-Emissionen um 89 % erreichen zu können.²¹ Die Sanierungsrate, die beschreibt wie viel Prozent der vorhandenen Gebäude pro Jahr saniert werden, müsste sich von derzeit 1,2 % in etwa Verdreifachen auf 3,5 %.²² Die bislang veröffentlichten Zwischenergebnisse für die EKiba zeigen ähn-

21 Ökoinstitut/ifeu 2021: 59.

22 Ebd.: 55.

liche Werte und spezifizieren beispielsweise die Abgangsquoten bis 2040 auch für die einzelnen Gebäudetypen: Etwa jede vierte Kirche (23 %), jedes dritte Pfarrhaus (33 %) und die Hälfte aller Gemeindehäuser (50 %) wäre davon betroffen.²³

Die Szenariorechnungen zeigen, dass der mit Abstand größte Teil der Kosten im Gebäudebereich für Instandhaltungsmaßnahmen auftreten wird; der Anteil, der für die zusätzlich notwendigen Klimaschutzmaßnahmen zur Reduktion der THG-Emissionen über die gesetzlichen Standards hinaus nötig ist, ist deutlich geringer. Die Berechnungen ergeben zudem, dass ein Vorziehen der Instandhaltungen und energetischen Sanierungen zur frühzeitigeren Reduktion der THG-Emissionen zwar zunächst etwas höhere Kosten verursacht, in der langfristigen Betrachtung jedoch mit geringeren Gesamtkosten verbunden ist. Erklären lässt sich dies damit, dass Energiekosten und Kosten der CO₂-Bepreisung, die zukünftig voraussichtlich beide weiter steigen werden, früher eingespart werden. Die so erzielten längerfristigen Minderausgaben überwiegen die kurzfristigen Mehrkosten. Ambitionierterer Klimaschutz durch ausgeweitete energetische Gebäudesanierungen rechnet sich demnach mittel- bis langfristig.²⁴

23 ifeu/BKU 2020.

24 Für ausführlichere Informationen und eine grafische Übersicht dazu sei auf ifeu/BKU 2020 und die dort enthaltende Abbildung 4 verwiesen.

6 Möglichkeiten der Finanzierung des Prozesses zur Erreichung eines klimaneutralen kirchlichen Gebäudebestands

Für solche umfassenden und sich erst mittel- bis langfristig rentierende Sanierungsvorhaben müssen zunächst jedoch kurz- bis mittelfristig die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.²⁵ Eine Verdreifachung der Sanierungsrate würde grob abgeschätzt auch eine Verdreifachung der benötigten finanziellen Ressourcen bedeuten. Eine Abschätzung, was dies genau bedeutet, ist schwierig, da entsprechend genau aufgeschlüsselte Statistiken nicht vorliegen. Geht man im Sinne einer ersten groben Abschätzung von den in der EKD-Broschüre »Werte mit Wirkung« veröffentlichten Zahlen für die »Unterhaltung und Pflege der Gebäude« aus, so würde das zu einer Erhöhung der Ausgaben von 1,2 Mrd. €²⁶ auf 3,6 Mrd. € führen. Der Anteil an den Gesamtausgaben würde von rund 10 % auf circa 30 % ansteigen.

Um diese Mittel aufbringen zu können, sollte sich nicht davor gescheut werden, neben den etablierten Wegen auch neue zu beschreiten. In der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) wurde beispielsweise zur Aufbringung der benötigten Mittel eine interne CO₂-Bepreisung im

25 Neben den reinen Sanierungskosten auch um die entsprechenden personellen Kapazitäten und Strukturen in den kirchlichen Institutionen aufzubauen.

26 Evangelische Kirche in Deutschland 2017: 9.

Rahmen der Einführung eines landeskirchlichen Klimaschutzgesetzes etabliert.²⁷ Für jede im Gebäudebereich emittierte Tonne CO₂ muss zukünftig ein Preis von 125 € entrichtet werden. Die Einnahmen fließen in einen Klimaschutzfonds, aus dem wiederum die energetischen Sanierungen gefördert und finanziert werden. Mit Hilfe dieser internen CO₂-Bepreisung werden also zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Es werden sowohl Anreize gesetzt, CO₂-Emissionen einzusparen, als auch finanzielle Mittel für die Förderung von Maßnahmen mit diesem Ziel generiert. Nun ist es natürlich so, dass die über die CO₂-Bepreisung aufgebracht Mittel im gesamthaushälterischen Sinne nicht zusätzlich sind; eine Kirchengemeinde, die die CO₂-Abgabe zahlt, hat diese dann nicht für andere Zwecke zur Verfügung. Um darüber hinaus tatsächlich zusätzliche Mittel zu gewinnen, sollten deswegen die öffentlichen Fördermöglichkeiten von Bund, Länder und Kommunen in Anspruch genommen werden. Schon heute sind diese vielfältig.²⁸ Für die Zukunft ist es angesichts der gesamtgesellschaftlich notwendigen deutlichen Beschleunigung beim Klimaschutz plausibel anzunehmen, dass die Förderprogramme weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus könnten über den Verkauf und die Vermietung von nicht mehr (in Alleinutzung) benötigten Immobilien Mittel akquiriert werden. Da-

27 EKBO 2021: § 5.

28 Eine Möglichkeit, um im Dickicht der verschiedenen Förderprogramme einen Überblick zu gewinnen, bietet für die Nordkirche beispielsweise der Förder.Weg.Weiser (<https://www.kirchefuerklima.de/foerderwegweiser.html>). Entsprechende Angebote sollten weiter ausgebaut werden.

bei sollte allerdings nicht die Gewinnmaximierung das alleinige Motiv sein. Vielmehr sollte eine gemeinwohlorientierte Nachnutzung der Immobilien angestrebt werden und dafür gegebenenfalls auf einige Prozent Rendite bzw. zusätzlichen Verkaufserlös verzichtet werden.²⁹

Schließlich sollten kirchliche Institutionen erwägen, die Möglichkeiten des Kapitalmarkts stärker zu nutzen und für diese – für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung so wichtige – Aufgabe auch Kredite aufzunehmen. Momentan sind die Konditionen auf Grund historisch niedriger Zinsen dafür sehr gut und auch in Zukunft könnten trotz eines möglicherweise insgesamt steigenden Zinsniveaus zumindest für energetische Sanierungen über Förderkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) weiterhin attraktive Angebote bestehen.

7 Potenziale zur kirchlichen Erzeugung erneuerbarer Energien

Ein weiteres wichtiges Feld im Kontext der Klimaschutzbemühungen stellt die eigene Erzeugung erneuerbarer Energie dar. Zum einen ist hier die Errichtung von Windkraftanlagen und

29 Bezüglich der Vermietung oder des Verkaufs von kirchlichen Immobilien, die als Wohnraum genutzt werden können, wird im EKD-Text 136 »Bezahlbar Wohnen« (Evangelische Kirche in Deutschland 2021b) ein Modell der ethischen Entscheidungsfindung vorgestellt und dessen Einsatz anhand von konkreten Beispielen exemplarisch verdeutlicht.

Photovoltaik-Anlagen auf Land in kirchlichem Besitz zu nennen, zum anderen die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen insbesondere auf kirchlichen Gebäuden. Hier liegt derzeit ein enormes Potenzial brach, das erstens durch Eigenverbrauch zur Reduktion der selbst verursachten THG-Emissionen führen könnte, zweitens einen Beitrag zur Energiewende und damit zur Reduktion von THG-Emissionen an anderer Stelle leisten würde und drittens sogar Einnahmen für die jeweiligen Kirchengemeinden und Institutionen generieren könnte. Natürlich sind hier zahlreiche Faktoren wie unter anderem der Denkmalschutz zu beachten, diese sollten jedoch zum einen kritisch und pragmatisch überprüft werden, zum anderen stehen darüber hinaus aller Voraussicht nach etlichen Dachflächen zur Verfügung, die nicht solchen Restriktionen unterworfen sind und gut geeignet wären. Auf Grund der deutlich zurückgegangenen garantierten Einspeisevergütungen haben sich die Voraussetzungen zwar verschlechtert, gleichzeitig sind aber auch die Preise für Solarmodule und Batteriespeicher deutlich gesunken. Zudem macht man sich durch die eigene Erzeugung unabhängiger von – zuletzt Ende 2021 erheblich gestiegenen – Strom- und Energiepreisen; ein Argument, das auch auf Maßnahmen zutrifft, die zu Energieeinsparungen führen.³⁰

30 Wobei darauf hinzuweisen ist, dass die zukünftige Energiepreisentwicklung auch wieder anders ausfallen könnte. So soll im Strombereich beispielsweise die EEG-Umlage in den nächsten Jahren komplett auf eine Finanzierung über den Bundeshaushalt umgestellt werden und damit der Strompreis gesenkt werden.

In verschiedenen Landeskirchen wurde das Potenzial von PV-Anlagen auch bereits erkannt. So wird beispielsweise in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) schon seit 2010 die Errichtung von PV-Anlagen auf kirchlichen Gebäuden über und durch die Zentrale Pfarreivermögensverwaltung (ZPV) organisiert. Bereits über 100 PV-Anlagen wurden dabei über das Modell einer Vermietung der Dachflächen der Kirchengemeinde an die ZPV umgesetzt. In der EKIBa wurde im Dezember 2020 eine »Handreichung für Kirchengemeinden zur Erstellung von Photovoltaikanlagen auf kirchlichen Gebäuden«³¹ verfasst; zudem besteht eine Kooperation mit der KSE Energie bei der Umsetzung von Projekten.

Die hier angerissenen Überlegungen zum Gebäudebereich zeigen, dass es in Sachen Klimaschutz viele Investitionen gibt, die sich mindestens mittel- bis langfristig für die Kirchen rechnen und neben dem ökologischen Nutzen auch einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Solidität leisten würden. Die vorgenommene Fokussierung auf den Gebäudebereich bedeutet dabei nicht, dass die anderen Bereiche zu vernachlässigen wären. Auch in den Bereichen Mobilität, Beschaffung und Landnutzung gilt es, zügig Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, um auch in diesen Bereichen den Weg Richtung THG-Neutralität einzuschlagen.

31 Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe 2020.

8 Schlussbetrachtung

Spätestens dann, wenn man den Blick über den Tellerrand hinaus weitet und die Schäden betrachtet, die durch den Klimawandel (zukünftig) verursacht werden, wird klar, dass das Gebot der Stunde nicht das Sparen zu Lasten des Klimaschutzes sein kann. Vielmehr kommt es nun – da die Corona-Pandemie weitere wertvolle Zeit gekostet hat – umso mehr darauf an, diesen konsequent voranzutreiben. Ein Sparen an dieser Stelle würde zukünftigen Generationen keinen kleineren, sondern im Gegenteil einen deutlich größeren Schuldenberg beziehungsweise kleineren Kapitalstock hinterlassen. Denn derzeit leben wir, was die Ressourcen der Erde und insbesondere auch ihre Kapazität als Senke für THG-Emissionen angeht, auf Kosten der Zukunft. Als aggregiertes Maß verdeutlicht dies beispielsweise der ökologische Fußabdruck, der in Deutschland 3,1-mal und weltweit betrachtet 1,7-mal höher als die jeweilige Biokapazität liegt.³² Eine rein monetäre Blickweise auf die Schäden, die durch unseren Ausstoß von THG-Emissionen entstehen, ermöglichen die Angaben zu entsprechenden Schadenskostensätzen pro Tonne CO₂, die das Umweltbundesamt (UBA) in seiner Methodenkonvention zur Verfügung stellt.³³ Gewichtet man den Nutzen zukünftiger Generationen gleich mit dem heutiger, so

32 Global Footprint Network 2022.

33 Auf Grund mangelnder Internalisierung werden diese Schäden allerdings nicht sichtbar und finden in den marktwirtschaftlichen Überlegungen von Unternehmen und Konsumenten keinen Niederschlag.

empfiehlt das UBA für im Jahr 2020 emittierte Emissionen einen Kostensatz von 680 € pro Tonne CO₂ anzunehmen.³⁴ Allein Deutschland hat demnach im Jahr 2020 durch seinen THG-Ausstoß rund 500 Mrd. € an Schäden verursacht.³⁵ Und da die Schäden mit jeder ausgestoßenen Tonne CO₂ und dem sich damit verschärfenden Klimawandel weiter ansteigen, steigt auch der Kostensatz pro Tonne im Lauf der Zeit an. Eine Reduktion dieser Schäden durch die Vermeidung und Reduktion von THG-Emissionen ist also unbedingt angesagt, und wäre – wie oben bereits ausgeführt – die wirtschaftlich sinnvolle Handlung.³⁶ Aus sozialer Perspektive ist diese Reduktion umso wichtiger, sind es doch insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten, die von den Auswirkungen des Klimawandels aller Voraussicht nach beson-

34 Matthey/Bünger 2020. Die Annahme, den Nutzen zukünftiger Generationen gleich mit dem heutiger zu setzen, entspricht der Setzung einer Zeitpräferenzrate von 0%. Eine alternative Berechnungsweise gewichtet mit einer Zeitpräferenzrate von 1% kommt zu deutlich geringeren Schadenskostensätzen von 195 €/t CO₂. Eine aktuelle internationale Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Schäden pro ausgestoßener Tonne CO₂ mit 3 000 US-Dollar allerdings sogar noch deutlich höher liegen könnten (Kikstra et al. 2021).

35 Siehe zu diesem Thema und weiterer relevanter Wohlfahrtswirkungen auch die aktuellen Veröffentlichungen zum Nationalen Wohlfahrtsindex (Held et al. 2022).

36 Das zeigt sich zum Beispiel auch daran, dass die Zertifikatspreise für eine Tonne CO₂ im europäischen Emissionshandel mit 80 € zuletzt zwar deutlich angestiegen sind (boerse.de 2022), aber noch deutlich unterhalb dem Schadenskostensatz von 680 €/t liegen, genauso wie für Kompensationsprojekte (mit Gold-Standard), wo die Kosten bei rund 25 €/t liegen (wie zum Beispiel aktuell bei der Klimakollekte, <https://klima-kollekte.de/>).

ders hart getroffen werden. Damit die Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft dabei nicht selbst zu sozialen Verwerfungen führt, müssen neben den ökologischen auch soziale Zielstellungen gleichrangig berücksichtigt werden. So sollten zum Beispiel ärmere Einkommenschichten bei ihren Bemühungen zur Reduktion der THG-Emissionen besonders unterstützt werden. Wo nötig, sind Kompensationszahlungen zu leisten, damit ein sozialverträglicher Übergang möglich ist. Das gilt sowohl national als auch international.³⁷

Die Kirchen in Deutschland sollten sich zum einen aus ihrer gesellschaftlichen und Schöpfungsverantwortung heraus mit an die Spitze dieser sozial-ökologischen Transformation stellen. Zum andern gebietet es auch eine nachhaltige Finanzplanung, sich auf die verändernden Rahmenbedingungen einzustellen. Durch die Anpassung des Gebäudebestandes an den Bedarf, die effizientere Nutzung desselben, die Reduktion des Energieverbrauchs und das Ausnutzen der Potenziale zur eigenen Erzeugung von Erneuerbaren Energien werden Kosten gesenkt und größere Unabhängigkeit von möglicherweise zukünftig steigenden Energiepreisen erreicht. Dafür sind umfassende Veränderungen und damit einhergehende Investitionen notwendig. Suf-

37 Die sozial-ökologische Transformation umfasst dabei zahlreiche weitere soziale Zielsetzungen, die hier an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden können. Für einen Überblick über die Vielzahl der Ziele können die Sustainable Development Goals (SDGs) herangezogen werden, die zum Beispiel auch Ziele zu Reduktion von Armut (SDG1), zur Gleichberechtigung (SDG5), zur Reduktion von Ungleichheit (SDG10) und zur Partizipation (SDG16) umfassen. Weitere Informationen unter: <https://unric.org/de/17ziele/>.

fizienz, Konsistenz und Effizienz sollten die Leitlinien für diesen Prozess sein, der nun mit voller Kraft angegangen und gestaltet werden sollte. Wie fragil unsere vermeintliche Normalität dabei ist, hat die Corona-Pandemie gezeigt. In diesem Sinne kann die Corona-Pandemie auch als Weckruf verstanden werden, nun die notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Klimawandel zu begrenzen und sich an diesen anzupassen. Geschieht dies nicht, so drohen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erzwungenermaßen kurzfristigere und schwerwiegendere Anpassungsnotwendigkeiten. Wie auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss im März 2021 festgestellt hat, bedroht der Klimawandel die Freiheitschancen zukünftiger Generationen.³⁸ Ein Sparen bei den für die Erreichung von THG-Neutralität notwendigen Investitionen wäre also fatal und stünde im Widerspruch zu einer nachhaltigen, generationengerechten Politik und Handlungsweise.

³⁸ Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht am März 2021 in seinem »Klimabeschluss« festgestellt (Bundesverfassungsgericht 2021).

9 Literatur

- Bank for International Settlements 2022: BIS Statistics. Total credit to non-financial corporations (core debt). URL: <https://stats.bis.org/statx/srs/table/f4.1> (aufgerufen 31. 01. 2022).
- BMF 2020: Der Effekt der kalten Progression bei der Einkommensteuer. Monatsbericht des BMF Dezember 2020. https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2020/12/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-5-effekt-der-kalten-progression-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- boerse.de 2022: CO₂ Emissionsrechte. <https://www.boerse.de/rohstoffe/Co2-Emissionsrechtetpreis/XC000A0C4KJ2> (abgerufen 15. 12. 2022).
- Bundesverfassungsgericht 2021: Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18 –, Rn. 1–270. http://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html
- Bundeszentrale für politische Bildung 2020: Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. Katholische und evangelische Kirche. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61565/kirche> (abgerufen 31. 01. 2022).
- EKBO 2021: Kirchengesetz zur Förderung des Klimaschutzes in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz bei kirchlichen Gebäuden (Klimaschutzgesetz – KlSchG). <https://kirchenrecht-ekbo.de/pdf/47172.pdf>.

Evangelische Kirche in Deutschland 2017: Werte mit Wirkung – Einblicke in die Finanzstatistik der evangelischen Kirche. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Werte_mit_Wirkung_Finanzstatistik_der_ev_Kirche.pdf.

Evangelische Kirche in Deutschland 2021a: Beschluss der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 2. Tagung zu »Die Zeit ist jetzt – Auf dem Weg zur Klimaneutralität« vom 10. November 2021. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Beschluss-zu-Die-Zeit-ist-jetzt-Auf-dem-Weg-zur-Klimaneutralitaet.pdf.

Evangelische Kirche in Deutschland 2021b: Bezahlbar wohnen Anstöße zur gerechten Gestaltung des Wohnungsmarktes im Spannungsfeld sozialer, ökologischer und ökonomischer Verantwortung. Kammer der EKD für soziale Ordnung. EKD-Texte 136. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd-texte_136_2021.pdf.

Evangelische Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz 2019: Langfristige Projektion der Kirchenmitglieder und des Kirchensteueraufkommens in Deutschland. https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/dossiers_2019/2019-05-02_Projektion-2060_EKD-VDD_FactSheets_final.pdf.

Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe 2020: Handreichung für Kirchengemeinden zur Erstellung von Photovoltaikanlagen auf kirchlichen Gebäuden. Ein Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung. https://www.ekiba.de/media/download/variant/237562/ekiba_handreichung-photovoltaik.pdf.

Global Footprint Network 2022: Open Data Platform, https://data.footprintnetwork.org/?_ga=2.90303836.714305775.1643639392-974319175.1643639392#/ (abgerufen 31. 01. 2022).

Held, Benjamin/Rodenhäuser, Dorothee/Diefenbacher, Hans 2022: NWI 2021 – Rückgang der Wohlfahrt in der Corona-Pandemie. IMK Policy Brief Nr. 115, Düsseldorf. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008226/p_imk_pb_115_2022.pdf.

Hoegh-Guldberg, O./Jacob, D./Taylor, M./Guillén Bolaños, T./Bindi, M./Brown, S./Camilloni, I. A./Diedhiou, A./Djalante, R./Ebi, K./Engelbrecht, F./Guiot, J./Hijioka, Y./Mehrotra, S./Hope, C. W./Payne, A. J./Pörtner, H. O./Seneviratne, S. I./Thomas, A./Warren, R./Zhou, G. 2019: The human imperative of stabilizing global climate change at 1.5°C. *Science*, 365 (6459). <https://doi.org/10.1126/science.aaw6974>.

Hollenbach, Michael 2021: Entwicklung der Kirchensteuern. Die Kassen bleiben gut gefüllt. Beitrag im Deutschlandfunk vom 25. 02. 2021. <https://www.deutschlandfunk.de/entwicklung-der-kirchensteuern-die-kassen-bleiben-gut-100.html>.

ifeu/BKU 2020: Klimaschutzkonzept II: Kurzinformation der Synode am 08.10.2020. https://www.ekiba.de/media/download/integration/306613/landessynode_okt_2020_information.pdf.

International Monetary Fund 2022a: World Economic Outlook Database. General government gross debt. URL: https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2021/October/weo-report?a=1&c=001,110,163,119,123,998,200,505,511,903,205,400,603,&s=GGXWDG_NGDP,&sy=1980&ey=2026&ssm=0&scsm=1&sc=0&ssd=1&ssc=0&sic=0&sort=country&ds=.&br=1 (aufgerufen 31. 01. 2022).

International Monetary Fund 2022b: World Economic Outlook Database. Gross domestic product, constant prices. URL: https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2021/October/weo-report?a=1&c=001,110,163,119,123,998,200,505,511,903,205,400,603,&s=NGDP_RPCH,&sy=2000&ey=-2026&ssm=0&scsm=1&sc=0&ssd=1&ssc=0&sic=0&sort=-country&ds=.&br=1

Kahneman, Daniel/Deaton, Angus 2010: High income improves evaluation of life but not emotional well-being. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 107(38). <https://doi.org/10.1073/pnas.1011492107>.

Kikstra, Jarmo/Waidelich, Paul/Rising, James/Yumashev, Dmitry/Hope, Chris/Brierley, Chris 2021: The social cost of carbon dioxide under climate-economy feedbacks and temperature variability. *Environmental Research Letters*, 16(9). <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ac1dob>.

Killingsworth, Matthew A. 2021: Experienced well-being rises with income, even above \$75,000 per year. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 118(4). <https://doi.org/10.1073/pnas.2016976118>.

- Kirchenaustritt.de 2022: Kirchensteueraufkommen. <https://www.kirchenaustritt.de/steuer#Kirchensteueraufkommen> (abgerufen 31.01.2022).
- Korczak, Dieter/Peters, Sally/Roggemann, Hanne 2021: Private Überschuldung in Deutschland. Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Zukunft der Schuldnerberatung. WISO Diskurs 07/2021. Friedrich Ebert Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/17552-20210609.pdf> (aufgerufen 31.01.2022).
- Matthey, Astrid/Bünger, Björn 2020: Methodenkonvention 3.1 zur Ermittlung von Umweltkosten – Kostensätze. Stand 12/2020. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-12-21_methodenkonvention_3_1_kostensaetze.pdf.
- Ökoinstitut/ifeu 2021: Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für die Erzdiözese Freiburg mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2030. Endbericht. <https://www.ebfr.de/media/download/integration/1390290/klimaschutzkonzept-erzdioezese-freiburg.pdf>.
- Rodenhäuser, Dorothee/Vetter, Hannes/Foltin, Oliver/Stadtherr, Lisa/Diefenbacher, Hans/Teichert, Volker/Held, Benjamin 2021: Treibhausgas- und Klimaneutralität der Kirchen. Positionspapier zur Definition von Klimaschutzzielen und Reduktionspfaden im kirchlichen Kontext. https://www.fest-heidelberg.de/wp-content/uploads/2021/11/FEST_Positionspapier_THG_Klimaneutralita%cc%88t_final.pdf.

Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans/Foltin, Oliver 2020: Corona-Pandemie und Klimakrise – einige Anregungen zur Diskussion. In: Held, Benjamin/Kirchhoff, Thomas/van Oorschot, Frederike/Stoellger, Philipp/Werkner, Ines-Jacqueline (Hg.): Corona als Riss. Perspektiven für Kirche, Politik und Ökonomie (FEST kompakt, Band 1). Heidelberg, heiBOOKS: 51–72. <https://doi.org/10.11588/heibooks.701.c9544>.

ORCID

Benjamin Held  <https://orcid.org/0000-0002-3113-1359>